

Flüchtlingsinitiative Coesfeld

Ludger Schulte-Roling
Hüppelswicker Weg 54
48653 Coesfeld

An den
Rat der Stadt Coesfeld
Marktplatz
48653 Coesfeld

Coesfeld, 7.7. 2019

Bürgerantrag an den Rat der Stadt Coesfeld

Coesfeld erklärt sich bereit, schiffbrüchige Flüchtlinge aus dem Mittelmeer aufzunehmen

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Art. 1 GG

Wir feiern gerade die Verabschiedung unseres Grundgesetzes vor 70 Jahren. Das Recht auf ein Leben in Würde und Unverletztheit ist Grundlage unserer und jeder staatlichen Gemeinschaft.

Das Leben von Menschen in Lebensgefahr, die hilflos auf dem Mittelmeer treiben, wird durch Verweigerung jeglicher staatlichen Hilfe, nicht nur Italiens und Maltas, sondern aller europäischen Länder gefährdet und ihr Ertrinken tatenlos in Kauf genommen. Die Seenot-Rettung der EU ist eingestellt. Die Häfen sind gesperrt, private Seenot-Retter werden verleumdet und juristisch verfolgt. 350 Menschen sind in diesem Jahr schon ertrunken, unbekannt und ungezählt viele mehr. Im Mittelmeer gibt es eine Notsituation, für die sich niemand zuständig sieht. Alle sehen weg.

Dieses Verhalten ist das Gegenteil unseres Wertekanons und unserer Ansprüche an staatliches Handeln. Es beschämt und verstört uns als Bürger unseres Landes und der Europäischen Union.

Mehr als 60 deutsche Städte haben sich zu einem Bündnis "Sichere Häfen" zusammengeschlossen. Sie verpflichten sich über ihren ursprünglichen Anteil an der Flüchtlingsaufnahme hinaus dazu, Menschen aufzunehmen – vor allem im Mittelmeer Gerettete, die seit etwa zwei Jahren fast nur noch geschlossene europäische Häfen finden.

Städte haben viele Möglichkeiten eigenen Handelns, auch in diesem Fall, weil die juristische Lage unklar ist.

Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Ansatzpunkt für städtische Flüchtlingspolitik. Sie gibt Kommunen viele Möglichkeiten, Aufgaben freiwillig an sich zu ziehen. Diese Möglichkeiten sind nirgendwo festgelegt und in ständigem Wandel. Städte sind traditionell schon im konkreten Management von Migration tätig.

Sie könnten zwar nur aufnehmen, wem die Regierung zuvor ein Visum erteilt hat. Aber es gibt für die Kommunen Möglichkeiten, die bisher wenig genutzt werden. Sie können zusätzliche Plätze anbieten, ihre Bereitschaft erklären, bestimmte Gruppen oder Einzelne aufzunehmen, und die Kosten für Visa übernehmen.

Das Bundesinnenministerium hat auf die Initiative des Städtebundes bereits reagiert und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) angewiesen, bevorzugt bereitwillige Kommunen zu kontaktieren. Städte und Gemeinden könnten Lücken im Flüchtlingsschutz füllen.

Der Rat möge beschließen:

Coesfeld nimmt in Seenot geratene Geflüchtete auf und setzt so ein Zeichen gegen gesperrte Häfen, Zäune und Mauern. Bis eine europäische Lösung mit allen Beteiligten vereinbart ist, ist es dringend geboten, die Seenotrettung im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern. Coesfeld bietet dazu die Mitarbeit an und wird im Rahmen der Möglichkeiten unserer Kommune das tun, was zu tun ist.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Flüchtlingsinitiative Coesfeld

Ludger Schulte-Roling,